

Regierung muß Informationsgesellschaft ernst nehmen!

Utl.: Wirtschaftskammer: Zukunft Österreichs in der Informationsgesellschaft mindestens so wichtig wie Steuerreform =

Wien (PWK) - "Jetzt, nach Ablauf der EU-Ratspräsidentschaft, und jedenfalls vor den Wahlen muß die Bundesregierung ihre Verantwortung zur Vorbereitung Österreichs auf die Informationsgesellschaft wahrnehmen und die Weichen für die Zukunft stellen", ruft der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Informationsgesellschaft der Wirtschaftskammer Österreich, Friedrich Bock, die Regierungspartner zur Pflicht. Bock ortet spürbare Defizite in der Aus- und Weiterbildung, der Telekommunikationspolitik, im Verwertungsgesellschaftenrecht, bei der Vorbereitung auf den elektronischen Geschäftsverkehr und bei der Bereitschaft der öffentlichen Verwaltung, neue Technologien im Kontakt mit Bürgern und Unternehmen einzusetzen. ****

Ob die österreichische Wirtschaft in der globalen Informationswirtschaft reüssiert, hängt mittel- und langfristig entscheidend vom inländischen Umfeld ab: ob ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stehen und das Ausbildungssystem neue Kulturtechniken vermitteln kann, ob eine moderne Informations- und Kommunikationsinfrastruktur entsteht, ob die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Entwicklung von elektronischen Angeboten und Geschäftsabwicklungen gegeben sind.

Bock bedauert, daß viele der noch im Mai 1997 im Bericht der Bundesregierung zur Informationsgesellschaft vorgeschlagenen Maßnahmen seither weder weiterverfolgt noch weiterentwickelt wurden. Vor diesem Hintergrund habe die Arbeitsgemeinschaft Informationsgesellschaft der WKÖ einen Maßnahmenkatalog erstellt, der den Handlungsbedarf in den wichtigsten Bereichen umreißt.

"Wir sind das einzige Land Europas mit einem gelernten Wirtschaftsinformatiker an der Spitze, doch die Kompetenzverteilung zwischen Ministerien verhindert ein zielgerichtetes Vorgehen zur Erstellung einer klaren Informations- und Telekommunikationspolitik. Da sind uns andere Länder wie Irland, das bereits heute nach den USA der zweitgrößte Exporteur von Software im Internet ist, um Längen voraus", so Bock. Dies sei auch bei der Behandlung des EU-

Richtlinienentwurfs zur elektronischen Signatur während der
Präsidentschaft deutlich geworden, wo - sehr zum Leidwesen der
betroffenen Wirtschaft - nicht einmal eine politische Einigung
erzielt werden konnte. Die Schaffung der rechtlichen
Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr ist dadurch
weiter verzögert. Für die österreichische Wirtschaft sei aber eine
frühzeitige aktive Teilnahme am internationalen elektronischen
Geschäftsverkehr als Anbieter von Waren und Dienstleistungen eine
Überlebensfrage. "Die Bundesregierung ist daher dringend
aufgefordert, diesem für die Gegenwart und Zukunft entscheidenden
Thema, die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen", schloß Bock.

(Schluß) Ne

Rückfragehinweis: MMag. Rudolf Lichtmanegger

Wirtschaftskammer Österreich
ARGE Informationsgesellschaft
Tel. 50105 DW 4411

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0089 1998-12-15/11:17

151117 Dez 98

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19981215_OTS0089